„Geld oder Leben“

01.04.2020 von Andreas Wehr

Die Kontaktbeschränkungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie waren in Deutschland noch nicht einmal eine Woche in Kraft, da erschien am 26. März 2020 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung - im Wirtschaftsteil wohlgemerkt - unter der bezeichnenden Überschrift "Geld oder Leben"[1] ein Artikel, in dem über eine schnelle Aufhebung dieser Maßnahmen nachgedacht wurde.

Darin heißt es: „Seit bald zwei Wochen (tatsächlich waren die Kontaktbeschränkungen in den meisten Bundesländern erst am 22.03.2020, also nur vier Tage vor dem Erscheinen des FAZ-Artikels, beschlossen worden, A.W.[2]) steht das Wirtschaftsleben in Deutschland weitgehend still, und immer deutlicher zeichnet sich ab, welche enormen wirtschaftlichen Schäden die Schutzmaßnahmen gegen das Coronavirus nach sich ziehen. Um mehr als 700 Milliarden Euro könnte Deutschland durch eine dreimonatige Teilschließung der Wirtschaft ärmer werden, hat das Münchner Ifo-Institut ausgerechnet (...).“

Angesichts dieser Horrorzahlen sei es notwendig, gibt die Autorin des Artikels Julia Löhr zu bedenken, ob wir uns das leisten können: „Noch will kaum jemand darüber offen diskutieren, aber die Frage nach der Verhältnismäßigkeit drängt sich auf. Rechtfertigt der Schutz einer bestimmten Bevölkerungsgruppe, für die das Virus lebensbedrohlich ist, erhebliche Teile der Gesellschaft in wirtschaftliche Existenzängste zu stürzen? Der amerikanische Präsident Donald Trump, der frühere Goldman-Sachs-Manager Alexander Dibelius, der Ökonom Thomas Straubhaar: Sie alle haben in den vergangenen Tagen deutlich gemacht, dass sie den Preis der Schutzmaßnahmen für zu hoch halten, dass es aus ihrer Sicht besser wäre, nur hochbetagte oder durch schwere Vorerkrankungen geschwächte Menschen zum Zuhausebleiben aufzurufen. Die Medizin sei schlimmer als die Krankheit, so sieht es nun auch Trump. Er warnt: Auch eine Rezession werde zu vielen Toten führen. (...)“

Mit Missmut wird von Löhr vermerkt, „dass die Bundesregierung derzeit vor allem dem Rat der Virologen folgt. Ihre Empfehlungen sind Leitschnur der Politik, und sie raten eher zu mehreren Monaten als zu wenigen Wochen Stillstand, um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen und die Krankenhäuser vor einem Patientenansturm zu schützen. Das Problem ist: Was den Medizinern hilft, schadet der Wirtschaft und bedroht den Wohlstand, den sich Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten aufgebaut hat.“ Verschwiegen wird dabei von ihr, dass mit den Maßnahmen nicht „den Medizinern“ als einer besonderen Berufsgruppe um ihrer selbst willen geholfen wird, sondern dass mit den Kontaktbeschränkungen vielmehr ihre Arbeit erleichtert wird, damit sie Patienten helfen können, nicht zuletzt um zu verhindern, dass sie sterben. Aber so deutlich will Frau Löhr das nicht sagen, könnte dies doch als zynisch und menschenverachtend verstanden werden.

Wie sich die Argumente von Neoliberalen und anarchistischen Libertären gleichen

Interessant sind die im Artikel angegebenen Begründungen, weshalb die verordneten Maßnahmen überzogen und korrekturbedürftig seien: „Es gibt allerdings auch viele Bereiche, in denen es die Bundesregierung mit dem Schutz des menschlichen Lebens nicht ganz so ernst nimmt wie jetzt in der Corona-Krise. So gibt es weiterhin kein Tempolimit auf Autobahnen. Nicht zu vergessen die Diskussion, ob Lastwagen über Abbiegeassistenten verfügen müssen, damit weniger Fahrradfahrer im toten Winkel sterben. Auch die jährliche Grippewelle mit vielen tausend Todesfällen, im Winter 2017/2018 sogar 25000, kam und ging bislang ohne staatliche Eingriffe.“ Das sind Positionen, die man sonst nur auf den Seiten von Verharmlosern oder gar Leugnern der Krise lesen kann, vertreten von Leuten, die nicht verstanden haben, was eine Pandemie ist. Sie finden sich etwa auf *Rubikon*, *KenFM* oder der *Rationalgalerie*. Nun wird also auch im neoliberalen Wirtschaftsteil der FAZ so gedacht. Diese Parallelität ist alles andere als zufällig. Der italienische Philosoph Domenico Losurdo hat immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass Liberalismus und Anarchismus nur zwei Seiten einer Medaille sind. Gemeinsamer Feind ist der Staat. Wehren sich die einen gegen verordnete Einschränkungen ihrer Wirtschaftsfreiheit, d.h. der ungehemmten Möglichkeit Geld zu machen, so stemmen sich anarchistische Libertäre gegen die staatliche Einschränkung, jetzt weiter ungehindert alles tun oder lassen zu können.[3]

Die FAZ-Autorin fragt, ob Großbritanniens Premierminister Boris Johnson nicht doch richtig gelegen habe, als er sich gegen den „Shutdown der Wirtschaft“ gewehrt hatte. Diese Frage hat sich aber inzwischen erledigt, Großbritannien ist auf den Kurs so gut wie aller übrigen Staaten der Welt eingeschwenkt und hat seiner Bevölkerung sogar eine noch rigidere Kontaktbeschränkung als sie für Deutschland gilt verordnet. Auch Donald Trump ist inzwischen kleinlaut geworden. Wollte er noch vor kurzem bereits zu Ostern „volle Kirchen“ sehen, so befürwortet nun auch er strikte Maßnahmen. Als Verweigerer harter Einschnitte bleiben nur noch Schweden, wo aber eine baldige Korrektur des unverantwortlichen *laissez faire* zu erwarten ist, Weißrussland unter Alexander Lukaschenko und Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro übrig, für den die Pandemie "nur ein Grippchen" ist[4].

Die Alten sollen sich opfern

So bleibt nur der Appell an die Alten, sich selbst zu opfern, um der Wirtschaft schnell wieder auf die Beine zu helfen. Eine solche Diskussion vermisst die FAZ-Journalistin in Deutschland: „Während in den Vereinigten Staaten Politiker wie der Vizegouverneur des Bundesstaates Texas Älteren schon raten, sich für die Zukunft ihrer Kinder und Enkel zu opfern, halten sich deutsche Politiker in dieser Diskussion zurück.“ Und tatsächlich wird eine solche Lösung allen Ernstes von dem texanischen Vize-Gouverneur Dan Patrick gefordert: „Es könne nicht sein, dass die Wirtschaft der Coronakrise geopfert werde, sagte der Politiker aus Texas in einem Fernsehinterview auf Fox News. Man müsse wenigstens diskutieren, ob nicht die älteren Bürger geopfert werden sollten. 'Ich denke, es gibt da draußen viele Großeltern wie mich, ich habe sechs Enkel. Ich will nicht, dass das ganze Land geopfert wird', so Patrick."[5]

Was die hier beklagte Zurückhaltung deutsche Politiker angeht, so stimmt das nicht ganz. Zumindest ganz weit links außen gibt es jemanden, der es so sieht wie der rechte US-Republikaner Dan Patrick. Der frühere Vorsitzende der Landtagsfraktion der Partei DIE LINKE in Niedersachsen, Manfred Sohn, heute Mitglied der DKP, erklärt in einem Aufruf, den alle unterschreiben sollen die 1955 und früher geboren sind: „Vernünftig wäre es, die Risikogruppen – also uns – zu isolieren statt alle Jungen voneinander zu trennen und zu Hause einzusperren. Verordnet uns, den Alten, Hausarrest, versorgt uns und zahlt auch denjenigen, die das nicht eh‘ bekommen, eine vorzeitige

Rente und arbeitet ansonsten weiter wie bei jeder großen Grippewelle. Das wäre eine Abwehrstrategie mit Vernunft und Augenmaß.“[6]

Die politischen Vertreter des Geldes melden sich zu Wort

Schon ernster ist da die Position des FDP-Vorsitzenden Christian Lindner. In einem Interview des Deutschlandfunks vom 27. März 2020, also nur einen Tag nach Erscheinen des FAZ-Artikels, griff er dessen zentrale Argumente auf und mahnte eine baldige Rückkehr zur „Normalität“ an. Auf die Frage des DLF-Journalisten „Wie stellen Sie sich eine Rückkehr zur Normalität vor?“ antwortete Lindner: „Das wird ein Prozess sein, aber er sollte so bald wie möglich beginnen. So bald wie möglich bedeutet, man kann jetzt aus meiner Betrachtung heraus noch keinen festen Zeitpunkt angeben. Aber das Handeln des Gesamtstaates sollte darauf gerichtet sein, die jetzigen Freiheitseinschränkungen, wann immer es verantwortbar ist, schrittweise aufzuheben, damit es ein normales Leben geben kann. Der jetzige Zustand ist unnatürlich für Menschen, die Gesellschaft suchen, und er ist im Übrigen auch mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung auf Dauer untragbar. Denn der Staat kann nicht kompensieren, was es an Wertschöpfung im privaten Sektor nicht gibt.“[7]

Mit Lindner sprach hier der Vorsitzende der Partei des Geldes schlechthin. Seine Forderung nach einem möglichst schnellen Exit aus den verordneten Maßnahmen konnte daher kaum überraschen. Etwas ungewohnter war da schon die Stellungnahme des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet, ist er doch immerhin doch ein Politiker jener Partei, die sich christlich nennt. In der Zeitung *Welt* schrieb er am 29. März 2020 unter der Überschrift „Jetzt müssen wir für die Zeit nach der Krise planen“:[8] „Wir als Politiker sind (…) gut beraten, nicht dem Rausch des Ausnahmezustands und der Tatkraft zu verfallen, sondern auch in dieser Stunde der Exekutive Maß und Mitte zu wahren. (…) Der Satz, es sei zu früh, über eine Exit-Strategie nachzudenken, ist falsch.“

Eine Debatte, die wiederkehren wird

Spätestens mit dieser Stellungnahme Laschets, des aussichtsreichsten Kandidaten für den CDU-Bundesvorsitz, drohte die von der FAZ in Gang gesetzte Debatte über eine Exit-Strategie an Fahrt und Breite zu gewinnen. Gefährdet war damit die in der Bevölkerung gerade eben erreichte Akzeptanz der beschlossenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie.

Und so musste die Kanzlerin ein Machtwort sprechen, um die Debatte zu beenden. In einem Podcast vom 28. März 2020 warnte sie „davor, ungeduldig zu werden. Niemand könne heute mit gutem Gewissen sagen, wie lange diese schwere Zeit anhält.“[9] Vizekanzler Olaf Scholz von der SPD stellte sich demonstrativ an ihre Seite und verschärfte den Ton: "Ich wende mich gegen jede dieser zynischen Erwägungen, dass man den Tod von Menschen in Kauf nehmen muss, damit die Wirtschaft läuft", sagte er der *Bild am Sonntag*.[10] Und die Politikerin der Linkspartei, Sahra Wagenknecht, hatte schon vorher erklärt: „Der Schutz von Menschenleben muss Vorrang haben vor ökonomischen Erwägungen.“[11] Am 1. April 2020 verständigten sich Bund und Länder darauf, dass es vor Ostern keine Debatten über Lockerungen zur Eindämmung der Pandemie geben soll.

Die Auseinandersetzung um die Exit-Strategie ist damit zu Ende, kaum dass sie begonnen hatte. Der Testballon, den die Frankfurter Allgemeine Zeitung hatte aufsteigen lassen und an den sich namhafte Politiker von FDP und CDU gehängt hatten, wurde wieder eingeholt. In einem Kommentar der FAZ konnte man am 30. März 2020 lesen: „Wie sich der Stillstand des öffentlichen Lebens aus-

wirkt, kann man unter anderem an den Wirtschaftsprognosen erkennen: Aus düster wird sehr düster, aus Rezession wird eine sehr schwere Rezession. Die Konsequenzen bekommen Arbeitnehmer, Unternehmen, Branchen zu spüren. Deswegen verwundert es auch nicht, dass schon hier und da gefordert wird, die Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus zu lockern, zumindest dies zu erwägen. Aber die Zahlen, die täglich von der Pandemie-Front gemeldet werden, sind nicht dazu angetan, Entwarnung zu geben.

Doch die Debatte über die Aufhebung der Restriktionen wird mit Sicherheit bald wieder aufleben. Viel zu stark ist in diesem Land das Kapital. Und das entscheidet sich bei der Frage „Geld oder Leben“ bekanntlich für Geld.

---

[1] Geld oder Leben, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 26.03.2020

[2] Vgl. Für Berlin: Eindämmung des Coronavirus – Berliner Senat beschließt weitgehende Kontaktbeschränkungen, Pressemitteilung vom 22.03.2020; https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/pressemitteilung.910268.php

[3] Der Journalist Ken Jebsen protestierte etwa gegen die Kontaktbeschränkungen indem er im Studio vor sich Gitterstäbe aufbaute und dann erklärte, dass die gegen die Corona-Pandemie ergriffenen Maßnahmen denen aus der Zeit des Faschismus gleichen. Siehe hier: https://kenfm.de/corona-diktatur-machtergreifung-im-deckmantel-der-volksgesundheit/

[4] Mit Geklapper gegen Bolsonaro - Brasiliens Präsident verharmlost die Corona-Krise, in: FAZ vom 26.03.2020

[5] Texas-Vizegouverneur: Großeltern sind bereit, für ihre Enkel zu sterben, in: Spiegel-Panorama; https://www.spiegel.de/panorama/coronavirus-texanischer-gouverneur-fordert-grosseltern-auf-fuer-ihre-enkel-zu-sterben-a-5d7724af-e3d8-4ba0-a561-ecb8af0f402d

[6] 55-Aufruf, Virenbekämpfung mit Vernunft und Augenmaß (Appell der Jahrgänge 1955 und älter); _https://altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=11047

[7] Das Signal geben, dass es auf Dauer nicht so bleiben, Interview mit Christian Lindner im Deutschlandfunk am 27.03.2020; https://www.deutschlandfunk.de/lindner-fdp-zu-ausstieg-aus-corona-beschraenkungen-das.694.de.html?dram:article_id=473420

[8] Armin Laschet, Jetzt müssen wir für die Zeit nach Corona planen, in: Welt; https://www.welt.de/debatte/kommentare/article206868669/Exit-Stratgegie-Jetzt-muessen-wir-fuer-die-Zeit-nach-Corona-planen.html

[9] Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bundeskanzlerin Merkel: Danke, dass unser Land auf Sie zählen kann!
https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/bundeskanzlerin-merkel-danke-dass-unser-land-auf-sie-zaehlen-kann--1736050

[10] Gehalts-Bonus für Corona-Helden soll steuerfrei sein, in: Bild am Sonntag vom 29.03.2020;
https://www.bild.de/bild-plus/politik/inland/politik-inland/corona-olaf-scholz-bessere-loehne-fuer-harte-arbeit-sollten-eine-folge-der-krise-69691500,view=conversionToLogin.bild.html

[11] Sahra Wagenknecht, Newsletter Ausgabe 91 vom 12.03.2020;
http://aktionsmail.team-sahra.de/issues/corona-krise-handeln-bevor-es-zu-spat-ist-231562